

Haushaltsrede der Göttinger Linke Ratsfraktion

Sehr geehrter Ratsvorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Gäste,

das abgelaufene Jahr hat in Europa ein weiters erschreckendes Erstarken des populistischen Nationalismus gezeigt. Man muss sich fragen, was in den Bildungssystemen so falsch angelegt ist, dass Tendenzen, die wir hier vor gut 100 Jahren erkennen mussten, wieder zu gewichtigen Faktoren werden konnten.

Ob in Österreich, in den Niederlanden, Polen, Ungarn, Frankreich, die AfD, sie alle wollen uns in eine längst überwunden geglaubte Denkungsart zurückbefördern. Der Nationalstaat soll es richten. Auf der anderen Seite des großen Teichs - Stichwort „America first“ - sieht es zurzeit nicht besser aus.

Wie erbärmlich ist es, wie Menschen mit rechter Gesinnung in diesem Land, und auch zunehmend in unserer Stadt, Vorurteile verbreiten und Hass schüren gegen hilfesuchende Menschen! Auch wenn es unbequem ist, müssen wir uns immer wieder vor Augen führen, dass auch Deutschland einen großen Anteil daran hat, dass immer mehr Menschen aus den Krisenregionen flüchten.

Einer der unverständlichsten Vorgänge dieses Jahres : Der Antrag zur Patenschaft für ein Seenotrettungsschiff wurde in der Ratssitzung im September 2019 direkt be-

schlossen - und nicht wie die Oberbürgermeisterin behauptet - in einen Ausschuss überwiesen. Unzureichend recherchierte Fakten der Verwaltung sorgten dafür, dass der jetzige Antrag nach über 5 Jahren plötzlich abgelehnt wird, u.a. durch die SPD und FDP, die damit gegen ihren selbst mitinitiierten Antrag stimmten. Hier wird die Demokratie mit Füßen getreten.

Eine Seenotrettungsschiff-Patenschaft zu übernehmen ist ein bedeutender Beitrag, um Menschenleben zu retten und das Leid von Menschen auf der Flucht zu lindern.

Die Idee, dass eine Stadt oder Gemeinde eine Seenotpatenschaft übernimmt und im Rahmen ihres Haushalts Seenotrettungsorganisationen unterstützt, ist eine wichtige und wirkungsvolle Möglichkeit, Solidarität zu zeigen und humanitäre Projekte zu fördern. Jetzt, nach immerhin 5 Jahren behauptet die Verwaltung plötzlich, dass der Rat eigentlich darüber gar nicht entscheiden darf, eine nachweisliche Lüge.

Allein daran merkt man, dass die Umsetzung dieses Antrags von der Verwaltung gar nicht gewünscht ist und offenbar auch nie war. Die Haushaltslage ist schlecht, und dann ist Geld halt wichtiger als Menschenleben.

Nun aber zu den Fakten: Am 2. November 2023 übernahm die Stadt Braunschweig eine Patenschaft für das Seenotrettungsschiff Humanity 1 und startet die Spendenkampagne „Braunschweig für Seenotrettung“. Zur Unterstützung wurden jeweils 5.000 Euro im städtischen Haushalt für 2023 und 2024 bereitgestellt. Der Rat hatte im Februar 2023 beschlossen, dass die Stadt eine Patenschaft für ein Seenotrettungsschiff übernehmen soll. tergrund ist auch der Beitritt zum bundesweiten Städtenetzwerk „Bündnis Sichere Häfen“ 2019.

Die sichere Hafenstadt Altdorf übernimmt eine Patenschaft für das Seenotrettungsschiff SEA-EYE 4. Mit 2500 Euro im Jahr unterstützt sie die Rettung von Menschen, die auf dem Fluchweg über das Mittelmeer in See-

Im Internet:

<https://www.goettinger-linke.de/1532-2/>

Kontakt

Post: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen
Telefon: 05503 3008

Inhalt

Haushaltsrede Ratsfraktion (1/3)	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
BSW im Kreistag	6
Haushaltsrede Ratsfraktion (2/3)	7
Haushaltsrede Ratsfraktion (3/3)	8

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 02.2025

ist der 23. Januar

Auslieferung voraussichtlich am 27.01.2025

not geraten sind.

Konstanz erklärte sich 2018 zur Stadt „Sicherer Hafen“ und setzte damit ein klares Zeichen für die Lebensrettung im Mittelmeer und gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung. Die wichtigste Verpflichtung der Stadt als Sicherer Hafen war die Entscheidung im März 2020, als erste Stadt in Deutschland die Patenschaft für ein ziviles Seenotrettungsschiff zu übernehmen. Die Entscheidung des Gemeinderats fiel damals auf die Seenotrettungsorganisation Sea Eye. Mit einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen wurde im Oktober 2021 die zweijährige Patenschaft um weitere fünf Jahre verlängert...

Dies sind nur einige Beispiele, die klarstellen, dass unsere Verwaltung in ihrer Begründung ganz klar falsch liegt, denn warum sollten für Göttingen andere Regeln und Gesetze gelten? In Niedersachsen ist Oldenburg eine von mehreren Kommunen (u.a. neben Braunschweig, Lüneburg, Osnabrück, Wolfsburg), die die auf Spenden angewiesene, nichtstaatliche Seenotrettung aktiv unterstützt. Schon 2020 hatte sich die Stadt zum „Sicheren Hafen“ erklärt. Dass die Übernahme der Schiffspatenschaft

Fortsetzung auf Seite 7



Fraktionsvorsitzender der Göttinger Linke Ratsfraktion Jost Leßmann



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

<https://niedersachsen.vvn-bda.de> • <https://antifa.vvn-bda.de>

Erinnerung bewahren, Verantwortung übernehmen – Die Bedeutung der Gedenkkultur

Neue Gedenktafeln in Duderstadt und Westerde erinnern an Opfer des Nationalsozialismus

Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus sind auch heute keine Relikte der Vergangenheit, sondern traurige Realitäten in unserer Gesellschaft. Das Einweihen der neuen Gedenktafeln auf dem St.-Paulus-Friedhof in Duderstadt und dem Friedhof in Westerde ist daher mehr als eine symbolische Handlung – es ist eine Erinnerung daran, dass die Gräueltaten des Nationalsozialismus direkt vor unserer Haustür stattfanden und uns auch heute noch in die Verantwortung nehmen.

Die Tafeln, entwickelt durch die engagierte Arbeit von Schüler*innen des Eichsfeld-Gymnasiums, setzen ein klares Zeichen: Die Opfer des NS-Regimes dürfen nicht vergessen werden. Sie mahnen uns, die Geschichten jener Menschen in den Mittelpunkt zu rücken, die oft namenlos geblieben sind. Zwangsarbeiter*innen, Kriegsgefangene und entrechtete Zivilist*innen – ihre Schicksale zeigen, dass die Ideologie des Nationalsozialismus nicht nur abstraktes Unrecht war, sondern konkret Leid und Tod verursachte, auch in unserer Region.

Lokale Geschichte als Spiegel der Gesellschaft

Die Toten, die in Duderstadt begraben sind, stammen aus verschiedenen Teilen Europas, darunter die ehemalige Sowjetunion, Polen, Jugoslawien und die Tschechoslowakei. Ihre Lebensgeschichten sind keine bloßen Zahlen, sondern erzählen von Menschen, die ihrer Heimat beraubt, entrechtet und oft zu Tode geschunden wurden. Ihre Schicksale mahnen uns, dass die NS-Zeit kein fernes Kapitel der Geschichte ist, sondern tief in das Leben der lokalen Bevölkerung verwoben war.

Gleichzeitig führt die Gedenkarbeit

vor Augen, wie viele Jahrzehnte es gebraucht hat, bis diese Geschichten überhaupt thematisiert wurden. Erst in den 1960er- und 1970er-Jahren begann die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit intensiver zu werden. Noch immer wird oft übersehen, wie schwer es ist, diese Geschichte vollständig aufzuarbeiten. Projekte wie die Gedenktafeln zeigen, dass dies nur durch Engagement, Recherche und das Aufarbeiten von Lokalgemeinschaften möglich ist.

Erinnerungskultur und die Gegenwart

Die Dringlichkeit solcher Projekte wird durch den gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft unterstrichen. Der Anstieg von rechtsextremen Tendenzen, Rassismus und Antisemitismus ist eine Warnung, dass die Erinnerungskultur nicht bloß eine historische Pflicht ist, sondern eine Notwendigkeit, um die Grundlagen unserer Demokratie zu bewahren.

Nationalistische Kräfte nutzen heute verstärkt das Mittel der Geschichtsverzerrung oder -verleugnung, um ihre Ideologien zu verbreiten. Gerade deshalb ist es essenziell, historische Wahrheiten sichtbar zu machen. Die Gedenktafeln leisten einen wertvollen Beitrag dazu, die Verbrechen des NS-Regimes nicht hinter abstrakten Begriffen zu verstecken, sondern sie konkret und nachvollziehbar zu machen.

Die Verantwortung der Politik und der Gesellschaft

Mit dem Schwinden der Zeitzeug*innen wird die Aufgabe, die Erinnerung wachzuhalten, zunehmend herausfordernd. Es braucht eine klare Unterstützung der Politik, um solche Projekte langfristig zu sichern. Gleichzeitig ist es eine gesellschaftliche Aufgabe, Erinnerungs-

kultur nicht als Last, sondern als zentrale Grundlage für eine demokratische Zukunft zu begreifen.

In diesem Sinne ist die Einweihung der Gedenktafeln nicht nur ein Blick zurück, sondern auch ein Blick nach vorn. Sie zeigt, dass Gedenken eine aktive Handlung ist – ein Prozess, der sich nicht in Reden und Zeremonien erschöpft, sondern Handlungen und Engagement erfordert.

Die Botschaft der Tafeln ist unmissverständlich: Wir dürfen nicht wegsehen, wenn Ungerechtigkeit geschieht. Wir müssen uns daran erinnern, dass Freiheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit keine Selbstverständlichkeiten sind, sondern Werte, die immer wieder verteidigt werden müssen.

Es liegt an uns allen, dafür zu sorgen, dass solche Verbrechen nie wieder geschehen können – und dass die Opfer nicht vergessen werden. Der Einsatz der Schüler*innen aus Duderstadt ist ein Beispiel dafür, wie junge Menschen diese Verantwortung annehmen und unsere gemeinsame Geschichte lebendig halten. Dies sollte uns alle dazu inspirieren, aktiv für eine gerechte und solidarische Gesellschaft einzutreten.

Termine

Dienstag, 14.01.2025, 16:30 Uhr
Antifaschistischer Stammtisch
Treffpunkt ist das „Cafe INTI“, Wilhelmsplatz, Göttingen.

Antifaschist*innen aus dem Raum Göttingen und Umgebung besprechen bei den Treffen geplante und potenzielle Vorhaben und alles, was noch politisch in Göttingen ansteht.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

14. Januar, 19:00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Judenstraße



Wie versucht Milei, den Mercosur zu sprengen?

Die Rechten sind in der Lage, viel zu zerstören und wenig aufzubauen. Dies wird auf dem Mercosur-Gipfel in Montevideo deutlich werden, wo die vier Gründungsländer des Blocks – Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay – sowie Bolivien, ein neues Vollmitglied, und Panama, ein assoziiertes Mitglied, zusammenkommen

Autor: Mariano Saravia | internet@granma.cu

Es ist das letzte Treffen von Luis Lacalle Pou, dem scheidenden Präsidenten Uruguays, und das erste von Javier Milei, der nicht am Halbjahresgipfel in Asunción teilgenommen hat.

Der Uruguayer wird den Vorsitz des Blocks pro tempore an den Argentinier weitergeben, und beide werden versuchen, mit vereinten Kräften die internen Regeln zu lockern, um Freihandelsabkommen mit anderen Ländern anzustreben; eine Strategie, die am entschiedenen Widerstand des brasilianischen Präsidenten Lula da Silva scheitern wird, der an dem grundlegenden Ziel eines jeden supranationalen Blocks festhält: dem Zusammenschluss der Kräfte, um zum Nutzen seiner Interessen zu handeln.

Diese Ansicht teilt nicht nur der bolivianische Präsident Luis Arce, sondern auch der Präsident Paraguays, Santiago Peña, der vor dem Treffen öffentlich warnte: „Innerhalb des Mercosur alles, außerhalb des Mercosur nichts“. Auch der gewählte Präsident Uruguays, Yamandú Orsi, kündigte seine Unterstützung für die brasilianische Position an. Er besuchte Lula, sobald die Wahl in der vergangenen Woche beendet war.

Vor diesem Hintergrund sieht sich Milei mehr denn je isoliert, aber er wird versuchen, den regionalen Aufbau, der seit mehr als drei Jahrzehnten so viele Anstrengungen erfordert, zu bombardieren.

Quellen aus dem argentinischen Außenministerium zufolge wird Milei während seiner Präsidentschaft versuchen, seinen Plan fortzusetzen, den Block flexibler zu gestalten, um ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten, seiner Obsession, zu erreichen; es bleibt jedoch abzuwarten, ob dies im Interesse des nächsten Präsidenten Donald Trump liegt, da dieser eine Wirtschaftspolitik verfolgt, die der Antipode des freien Marktes ist: produktivistisch und protektionistisch.

Wenn dieser Plan nicht funktioniert, ist Plan B die Rückkehr zum Mercosur der 1990er Jahre: eine einfache interne Freihandelszone mit freiem Warenverkehr, aber nicht mit freiem Personenverkehr. Und schließlich räumten sie ein, dass Plan C darin bestünde, das Argentinien aus dem Mercosur austritt – ein Unsinn, der nur mit der diesjährigen Entscheidung vergleichbar ist, den BRICS nicht beizutreten.

ABGEWERTETE ULTRA-RECHTE

In der Zwischenzeit organisierte Milei auf seiner Suche nach einer permanenten Show und vor dem Mercosur-Gipfel am vergangenen Mittwoch in Buenos Aires ein Treffen der Conservative Political Action Conference, eine Erfindung Trumps, um die extremsten Rechten der Welt zusammenzubringen.

Abgesehen von der luxuriösen Ausstattung des Hilton-Hotels war die Veranstaltung aufgrund der geringen Teilnehmerzahl und vor allem des Fehlens bekannter Persönlichkeiten ein totaler Misserfolg.

Trump, der designierte US-Präsident und Alma Mater der Organisation, war nicht

Kuba braucht



Herzschritt

Derzeit fehlen etwa 1.500 dies lebensrettenden Geräte. Fast 100 sind gezwungen, im Krankenhaus zu bleiben, weil es keine Herzschrittmacher gibt, die es ihnen ermöglichen würden, nach Hause zurückzukehren und sicher zu leben, ohne das Risiko eines Herzinfarkts einzugehen.

Leider weigern sich die meisten Hersteller von Herzschrittmachern, diese nach Kuba zu liefern. Wir haben jedoch ein italienisches Unternehmen aufgefunden gemacht, das bereit ist, sie zu erschwinglichen Preisen zu liefern: rund 500 Euro für einen Einkammer-Herzschrittmacher.

Wir bitten um Spenden auf das Konto:
Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba
Stichwort: "Medizinisches Material"
Bank für Sozialwirtschaft, Köln
IBAN: DE96 3702 0500 0001 2369 00

anwesend. An seiner Stelle reiste seine Schwiegertochter Lara an. Auch Elon Musk, Eigentümer des sozialen Netzwerks x, einem Vehikel für Hass und politische Gewalt, und ein zukünftiges wichtiges Mitglied der Trump-Regierung, war nicht anwesend. Ebenfalls abwesend waren Victor Orban, der rechtsextreme Präsident Ungarns, und Giorgia Meloni, die Ministerpräsidentin Italiens, sowie Jair Bolsonaro, der ehemalige Präsident Brasiliens, dem die Gerichte die Ausreise untersagt haben und der beschuldigt wird, der Drahtzieher des versuchten Staatsstreichs und der Ermordung von Lula zu sein.

Die Anwesenheit des „höchsten Niveaus“ war die von Milei selbst, der das Treffen mit seinem üblichen Katarakt von Beleidigungen gegen den Sozialismus beendete, in einer Umgebung mit geringer Teilnehmerzahl und drittklassigen Charakteren.



Webseite zu Fidel Castro
verschiedenen Sprachen /
different languages

<http://www.fidelcastro.cu/en/inicio>
<http://www.fidelcastro.cu/es/inicio>
<http://www.fidelcastro.cu/fr/inicio>
<http://www.fidelcastro.cu/de/inicio>
<http://www.fidelcastro.cu/it/inicio>
<http://www.fidelcastro.cu/pt-pt/inicio>
<http://www.fidelcastro.cu/ru/inicio>
<http://www.fidelcastro.cu/ar/inicio>

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen

Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen,

<https://goettingen.dkp.de> ★ goettingen@dkp.de



DKP

Deutsche Kommunistische Partei

Kampf um VW geht auch Göttingen an

VW-Werke produzieren nördlich von Göttingen in Salzgitter, Hannover, Braunschweig und natürlich in Wolfsburg und südlich von uns in Kassel. Aber nicht nur, weil auch aus unserer Region täglich Menschen dort hin pendeln oder bei Zulieferern arbeiten, geht uns der Arbeitskampf bei VW etwas an. Auch die Universität ist von diesem Konzern abhängig. Neben den Steuereinnahmen aus den Gewinnen von VW bekommt das Land Niedersachsen als einer seiner Anteilseigner ein sogenanntes „VW-Vorab“, aus dem Jahr viel Geld in hiesige Forschungsstellen fließt. Versiegt diese Quellen, wird die schwelende Krise der Uni weiter angeheizt.

Vor allem aber: Wenn die Konzernführung mit dem geplanten Kahlschlag von 30.000 Stellen, der pauschalen Lohnkürzung um 10 Prozent und dem Schließen ganzer Werke durchkommt, wäre das für andere Unternehmen nicht nur in der Autoindustrie eine Einladung, die seit Jahren bröckelnden Real-löhne weiter zu senken.

Viele auch in unserer Stadt halten es für zumutbar, dass die VW-Kolleginnen und -Kollegen auf Lohn verzichten. Wir halten das falsch. VW hat 2023 einen Nettogewinn – also nach Steuern – von 16 Milliarden Euro erzielt. Davon wurden, obwohl die Probleme schon klar waren, 4,5 Milliarden an die Anteilseigner, unter anderem die Familien Piech

Mitgliederversammlungen:

Dienstag, 07. Januar

Dienstag, 21. Januar

Die Themen der Versammlungen standen zum Redaktionsschluss noch nicht fest

Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt

und Porsche und die Scheichs von Qatar ausgeschüttet. Trotzdem stehen aus den fetten Vorjahren in der Bilanz noch 137 Milliarden Euro Gewinnrücklagen. Akute Krise sieht anders aus.

Die DKP und die ihr nahestehende „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ), von denen etliche Mitglieder, zum Teil seit Generationen, von den Lohnzahlungen des Wolfsburger Konzerns leben, stehen solidarisch an der Seite der dort um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Kolleginnen und Kollegen. Helfen würde ihnen auch, den irrwitzigen Konfrontationskurs der Bundesregierung gegen Russland und China endlich zu beenden. Er hat VW bereits die Absatzmärkte in Russland, also dem größten Land der Erde, gekostet. Wenn durch Sanktionen und Wirtschaftskriege VW auch noch vom chinesischen Markt ausgeschlossen wird, wird es wirklich ernst. Weil Kooperation uns allen hilft, sollte die Universität die Zusammenarbeit mit chinesischen Wissenschaft in diesen Zeiten nicht etwa mit misstrauischen Blicken abwürgen, sondern mutig ausweiten.

Kurz und gut: Arbeit statt Profite für VW, Kooperation statt Konfrontation mit Russland und China – das hilft uns in Göttingen!

ARBEIT STATT PROFITE!

Arbeitskampf bei VW



**Kein Reallohnverlust!
Weiterführung der
Beschäftigungssicherung!
Keine Werksschließung!**

www. **SDAJ** ★ .org

www. **DKP** ★ .de

GROBIAN GRONER BÜRGER INITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- Mail: grobian-grone@web.de
- Treffen: Montags, 19.00 Uhr



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Im Dezember in Grone:

Die „Welt“ feiert den Dax bei 20.000 Punkten, Lars von Lackum, Vorstandschef des Immobilienkonzerns LEG, kündigt für 2025 weiter steigende Mieten an, die Nebenkostenabrechnungen für das Jahr 2023 sind zugestellt worden.

Nun betreffen diese Nachrichten die Groner*innen sehr unterschiedlich: Wahrscheinlich sind es nur wenige Mieter*innen der LEG, die den DAX feiern können. Die Ankündigung von weiteren Mietsteigerungen dagegen beschwören Ängste für die allernächste Zukunft aller Mieter*innen der LEG herauf.

Und dann sind in den ersten Dezembertagen die Abrechnungen der Nebenkosten für 2023 eingegangen: Und obwohl die Auseinandersetzungen um die Nebenkosten 2022 noch lange nicht beendet sind, sind die Empfänger*innen der Abrechnungen wieder geschockt. Und nach den Erfahrungen aus den Abrechnungen 2022 ist das Misstrauen riesig, ob diese Abrechnungen denn nun richtig sind:

Zu den Mietberatungen, die die Prüfgemeinschaft immer noch an jedem Mittwoch, nachmittags, abhält, kommen die Menschen in Scharen, haben viele Fragen und suchen Hilfe. Es gibt MieterInnen mit Guthaben aber auch wieder viele mit hohen Nachforderungen. Sie sind misstrauisch (zu Recht), ein-

fach weil sie die Abrechnung nicht verstehen und ja auch gar nicht verstehen können. Aber sie wollen dies nicht einfach so hinnehmen, nachdem sie die Erfahrungen mit den Abrechnungen für 2022 gemacht haben.

Und in der Tat: Erste, eher stichprobenartige, Prüfungen haben auch eine erste „Liste“ ergeben, die jetzt in den nächsten Wochen aufmerksam abgearbeitet werden muss:

- Auf den ersten Blick fällt auf, dass die sogenannten „kalten Betriebskosten“, also die Nebenkosten ohne Heizkosten, stark gestiegen sind – sehr stark!
- So zahlen einzelne Haushalte bis zu 470 € für ihre Müllentsorgung; andere bezahlen dafür weniger als 200 €. Vergleichen Sie das mal mit Ihrer eigenen Nebenkostenabrechnung.
- Auch sind die Kosten für Hausreinigung und Gartenpflege stark gestiegen: Interessanterweise stellt hier die „LEG-Service GmbH“ sog. Eigenrechnungen an die „LEG-Wohnen“; also die linke

Meine LEG

Zuhause zählst nur Du!

Hosentasche an die rechte! Dadurch werden dann über die Nebenkosten zusätzliche Gewinne für die Aktionäre gewonnen, die immerhin 5 % an Dividende erwarten.

Bei vielen MieterInnen sind die geforderten Nebenkostenvorauszahlungen in kleinster Weise nachvollziehbar und sehr hoch. Hier gilt nach Auskunft des Mieter*innenbundes, dass die die Summe der Kosten der letzten Abrechnung, hier die „kalten Betriebskosten plus Heizkosten 2023, durch 12 Monate zu teilen ist. Dies ergibt die reale neue Vorauszahlung ab dem 1.1.2025.

Dies und andere Fallen, die die LEG wieder eingebaut hat, den Mieter*innen zu erläutern, kostet Zeit; die neuen Vorauszahlungen aber sollen ab Januar 2025 gelten. Einen ersten Widerspruch hierzu hat der Mieter*innenbund bereits an die LEG geschickt

(hf/gs)

Winterkino Grone:

Nächster Termin: 10. Januar 2025

„Schrei nach Freiheit“

Ein Spielfilm über Steve Biko, Donald Woods und die Apartheid in Südafrika. Er basiert auf einem Sachbuch des Journalisten Donald Woods und beschreibt die Geschichte von Steve Biko, dem Gründer des Black Consciousness Movement (BCM), der seinen Einsatz für die Rechte seiner schwarzen Mitmenschen mit dem Leben bezahlt, und die damit verbundene Geschichte des Sachbuchautors selbst. Der Film zeigt einem großen Publikum Konsequenzen der Politik der Apartheid.

19.00 Uhr Jona-Gemeinde, Grone, Deisterstr. (Eingang an der Bushaltestelle)

Einlass ab 18.30 Uhr / Filmbeginn: 19.00 Uhr

Saal und Sanitäranlagen sind rollstuhlgerecht zu erreichen.



BSW - Fraktion im Kreistag Göttingen

BSW gut vorbereitet zur Bundestagswahl

Sieben Monate eher als geplant wird am 23. Februar die Bundestagswahl stattfinden. Die Ampel ist am Ende. Es droht allerdings mit der CDU des Kriegstreibers und ehemaligen Aufsichtsratschefs des undurchsichtigen Finanzkonzerns Blackrock Friedrich Merz noch schlimmer zu werden. Dem muss etwas entgegengesetzt werden. Das BSW ist die einzige Partei, die vor dem Hintergrund der Eskalation des Ukrainekriegs klar Stellung gegen den NATO-Kriegskurs und auch gegen den Völkermord im Gazastreifen bezieht.

Für das BSW ist das Jahr 2024 mit einem Ergebnis von 6,2% bei der Europawahl und Ergebnissen zwischen 11,8 und 15,8 Prozent bei den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg erfolgreich verlaufen.

In Brandenburg und Thüringen regiert das BSW inzwischen mit. In den Koalitionsverträgen positionieren sich erstmals zwei Landesregierungen gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland und geben Frieden und Diplomatie eine starke Stimme. Im landespolitischen Fokus steht die Bildung mit klaren Prioritäten auf Schreiben, Lesen und Rechnen und analoge Lernmaterialien in Grundschulen. Familien sollen mit einer dauerhafter Kita-Beitragsbefreiung entlastet werden. Es soll mehr sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau und mehr Unterstützung für Rentner geben. Als junge Partei stellt die vorgezogene Bundestagswahl das BSW dennoch vor deutliche Herausforderungen. So ist es notwendig, in allen Bundesländern mit Landesverbänden vertreten zu sein, um bundesweit durch Landeslisten wählbar zu sein. Einer der letzten am 21.12. gegründeten Landesverbände ist Hamburg, wo das BSW am 2. März 2025 zur Bürgerschaftswahl antreten wird.

In Niedersachsen wurde die zwölfköpfige Landesliste am 30. November aufgestellt, die von der Bundestagsabgeordneten und Co-Parteivorsitzenden

Amira Mohamed Ali angeführt wird, die vor der Spaltung Fraktionsvorsitzende der Linkspartei gewesen ist. Es folgen auf den Plätzen 2 bis 4:

Platz 2 **Thorsten Renken**, Lkr. Ammerland, Co-Landesvorsitzende und Arzt, früherer parteilos. Platz 3 **Johannes Zang**, Landesgeschäftsführer und ehemaliger Vorsitzender der Linkspartei Region Hannover. Platz 4 **Agnes Wittke**, Kreistagsabgeordnete Lkr. Friesland, früher Linkspartei

Neben ehemaligen Mitgliedern der Partei DIE LINKE sind mit dem Hannoveraner stellvertretenden Landesvorsitzenden und Anwalt Paulo Dias auch ein ehemaliges SPD-Mitglied und dem Landesschatzmeister Basil Saker ein ehemaliges CDU-Mitglied vertreten.

Direktkandidaten werden nur in einigen ausgewählten ostdeutschen Wahlkreisen aufgestellt, in denen gute Ergebnisse zu erwarten sind. Sahra Wagenknecht selbst ist Spitzenkandidatin in Nordrhein-Westfalen. Weitere Spitzenkandidaten in ihren jeweiligen Bundesländern sind Bundestagsabgeordnete wie Amira Mohamed Ali oder Alexander Ulrich (Rheinland-Pfalz), aber auch Quereinsteiger wie Oliver Ruhnert, der ehemalige Geschäftsführer des Bundesligaverbands Union Berlin in Berlin oder der Nahost-Experte und Publizist Michael Lüders in Sachsen-Anhalt. Viele Landesverbände wie beispielsweise Hessen, Bayern oder Baden-Württemberg haben bei Redaktionsschluss (13.12.2024) noch keine Listen aufgestellt.

Am 12. Januar wird ein Bundesparteitag stattfinden, auf dem unter anderem auch das Bundestagswahlprogramm beschlossen wird. Dabei wird die Friedensfrage im Mittelpunkt stehen. Weitere Themen sind sozialpolitische Forderungen wie

- eine große Steuer- und Abgabenreform, die Geringverdiener und die Mittelschicht entlastet,
- die Anhebung des Mindestlohns auf 15 Euro

Kontakt

BSW-Fraktion im Kreistag Göttingen

Kreishaus, Raum 066
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen

Tel. 0551/525 - 2108

BSW@landkreisgoettingen.de

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12
+ Donnerstag 14 bis 15:30 Uhr



- ein Rentensystem wie in Österreich, in denen alle in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen und Erwerbstätige im Durchschnitt 800 Euro mehr Rente bekommen.

Weiter geht es um Investitionen in die marode Infrastruktur wie Brücken, Straßen, Schienen, Schulen, Wohnungen und Netze, wirtschaftspolitische Maßnahmen wie den Abbau der Bürokratie oder eine Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen.

Bei der bei Linken umstrittenen Forderung zur Beendigung der unkontrollierten Einwanderung geht es um den Schutz des Sozialstaats und des Arbeitsmarktes. Politisch Verfolgte haben natürlich ein Recht auf Asyl. Menschen mit Migrationshintergrund, von denen sich überdurchschnittlich viele beim BSW engagieren, sind ein wertvoller Bestandteil unserer Gesellschaft.

Kreistagsfraktion – Social Media

Die BSW-Kreistagsfraktion im Landkreis Göttingen ist jetzt auf Social Media zu finden und kann gerne unterstützt werden:

<https://www.facebook.com/p/BSW-Kreistagsfraktion-G%C3%B6ttingen-61567636602599/>

https://www.instagram.com/bsw_landkreis_goettingen/

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Spendenkonto:
IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

Fortsetzung von Seite 1:

und finanzielle Unterstützung zulässig ist, hat das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport als zuständige Kommunalaufsichtsbehörde der Stadtverwaltung bestätigt.

Jetzt wollen CDU, SPD und FDP auch noch das „Projekt Sicher Hafen“ abwickeln und nicht mehr weiterverfolgen. Dieses ist in so gut wie keiner anderen Stadt in Deutschland bisher passiert, nicht mal im Osten, mit Ausnahme von Dresden, eine Stadt mit hohem AfD Anteil. Das ist ein echter Skandal für Göttingen, da brauchen wir keine AfD mehr...

Auch wurde wiederum die Chance verschwendet den Haushalt aufzubessern. Durch eine Gewinnausschüttung der Sparkasse hätte man locker einen kostenlosen ÖPNV, wie von der GötLinken seit langem gefordert, finanzieren können. Aber die Lobby der Sparkasse sitzt ja leider in der Verwaltung und auch in großen Teilen der anderen Fraktionen. Es ist den Bürgerinnen und Bürgern nur schwer zu erklären, warum für sie alles teurer wird, aber die Sparkasse ihren Gewinn locker einstecken kann. Immer mehr Sparkassen in Deutschland haben dennoch in den vergangenen Jahren begonnen, Ausschüttungen eines Gewinnanteils an ihre Träger zu leisten. Die Sparkasse Göttingen sollte nun endlich auch dazu übergehen. Immer wieder haben wir im Zusammenhang mit dem Thema hingewiesen, dass verschiedene Landesrechnungshöfe – nicht zuletzt der Niedersächsische – den Umgang der Kommunen mit ihren Sparkassen stark kritisiert. Ebenso hat die Bundesbank mehrfach die Ausschüttungsfähigkeit der Sparkassen bestätigt.

Auch wenn die Zahlen fraglos nur bedingt so nebeneinandergestellt werden können, möchten wir dem Rat und der Öffentlichkeit vor Augen halten: Das Kernkapital der Sparkasse Göttingen ist etwa doppelt so hoch wie die Gesamtverschuldung der Stadt inklusive der Konzernfinanzierung der Tochtergesellschaften wie der Städtischen Wohnungsbau und aller Anderen.

Auch leider von Teilen der Grünen wurde gesagt, eine Gewinnausschüttung sei nicht möglich, dies ist faktisch falsch.

Bei der Verschuldungsquote liegt Göttingen mit 6,9% über den verlangten 3%. Die „Verschuldungsquote“ misst, wie viel von den Vermögenswerten durch Eigenkapital gedeckt ist, und ist deshalb als Sicherheitsmaß gedacht – die Anforderung von 3% heißen, dass 3% Eigenkapital finanziert ist. Die Sparkasse Göttingen kann 6,9% durch Eigenkapital decken, also weit mehr als ge-

fordert. Laut den Aussagen der Sparkasse Göttingen und den Zahlen der Berichte aus 2022 und 2023 ist die Sparkasse Göttingen liquide und erfüllt alle gesetzlichen Anforderungen zur Eigenkapitaldeckung. Gewinne weiterhin zum Eigenkapital zuzuführen ist löblich, allerdings muss auch eine gewisse Balance gelten: Die Sparkasse Göttingen spendet – wie sie selbst sagt – im sechsstelligen Bereich an kulturelle, sportliche und soziale Bereiche (weil sie eben Gewinne erwirtschaftet und sich das leisten kann). Währenddessen muss die Stadt Göttingen massiv Geld einsparen und anderen, demokratisch ausgewählten Institutionen teilweise eine Absage erteilen. Die Sparkasse Göttingen würde trotz 100% Gewinnabführung noch in den gesetzlichen Regulationen liegen – daher macht es Sinn sich zu fragen: Wenn nicht jetzt, wann dann? Wollen wir weiterhin abhängig von dem Willen der Menschen sein, die durch Gewinne auch ihre eigenen Gehälter nach oben treiben – oder wollen wir mit demokratischen Mitteln den Haushalt stabilisieren und Projekte retten, die zukünftig zum Wiederaufbau sehr viel teurer werden könnten?

Jetzt sollen durch das Haushaltsbündnis doch wieder plötzlich 500.000 € für die Sanierung des DT in den Haushalt eingestellt werden. Wir verstehen nicht, was das zu diesem Zeitpunkt soll, das ist im wahrsten Sinne des Wortes rausgeschmissenes Geld.

Es gibt aber auch wenige positive Aspekte zu berichten, die Zwangsarbeiteraustellung wird weiter gefördert, wenn der Landkreis mitgeht, wovon auszugehen ist. Der Fachbereich Sport wurde einstimmig beschlossen, und es gab sogar eine Erhöhung um 85.000 € für die Ausbildung der Übungsleitung, was allen Sportvereinen zu Gute kommt. Das es politisch durchaus möglich ist, interfraktionell zusammen zu arbeiten, wird im Sport deutlich.

Trotzdem wurden alle unsere Anträge die wir zu diesem Haushalt gestellt haben, wie immer abgelehnt. Wiedermal konnte die Haushaltsmehrheit ihre Vorstellungen vollständig umsetzen. Angesichts der schwierigen Haushaltssituation ist in der Politik und aus der Verwaltung zu hören, dass wir sparen müssen. Aber genau das ist nicht möglich. Wir müssen also vielmehr von Kürzungen und Verlagerungen bei den Ausgaben sprechen, die aber auch nicht nötig wären, wenn der Bund die Kommunen finanziell endlich so ausstatten würde, dass die Städte und Gemeinden ihre Aufgaben im Sinne der Bürgerinnen und Bürger erfüllen könnten. Da dies aber nicht der Fall ist,

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange-Geismarstraße 2, 37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de

Sprecher*innenkreis:

Sylke Jarosch, Jost Lessmann, Bärbel Safieh, Christa Siebecke, Gülsan Yazlin

Schatzmeister:

Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:

grone@goettinger-linke.de

Gruppe Gleichen:

gleichen@goettinger-linke.de

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen
Telefon: 0551-400 2347
goelike-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Olli Preuß

Tim Schlaf

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 – 12:00 Uhr

Mi: 13:00 – 16:30 Uhr

Do: 10:00 – 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17:00 – 18:00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger*innen:

Jost Lessmann (Fraktionsvorsitzender),
Norma Marcenikwicz,
Torsten Wucherpfennig

stellt sich die Frage, bei welchen Ausgaben die Politik Kürzungen vornimmt.

Dass die Party bei uns vorbei ist, haben wir Anfang des Jahres aus der Zeitung gelesen. Heute bedeutet das Party-Aus: Cola im Rat bleibt, aber Uniformen müssen ab sofort selber gewaschen werden.

Aus einem scheinbar vorhersehbarem Einbruch der Einnahmen wurde Woche für Woche ein größeres Loch, doch warum wurden wir – ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen – erst so spät über konkrete Maßnahmen wie das Haushaltssicherungskonzept informiert? Zu den Hunderten Seiten Haushalt kamen dieses Jahr fast 100 Anträge dazu, wo gespart werden soll. Als Abgeordnete haben wir auch einen Auftrag, den wir aufgrund der kurzen Zeit nicht wahrnehmen konnten. Alle Maßnahmen des HSK wurden in einem Ausschuss präsentiert – einmalig war nur die Möglichkeit gegeben, sich dazu zu äußern.

Im Hauruck Verfahren wird nun der Fleckenteppich beschlossen, doch welche Folgen sich davon abzeichnen werden, dass spüren wir erst später. Die Göttinger Linke Ratsfraktion fordert auch weiterhin ein überlegtes, demokratisches Vorgehen

Fortsetzung von Seite 7:

mit den Problemen. Gemeinsam mit den Grünen und der Ratsgruppe Partei und Volt haben wir Vorschläge eingebracht, wie Einnahmen generiert werden können. Kein einziger wurde angenommen, kein Mitsprache Recht wurde uns zugesprochen, kein Dialog mit uns oder der Bevölkerung Göttingens begonnen.

Zusätzliche Einnahmen wie aus der Zweitwohnsitzsteuer sind nicht nur wichtig, sondern auch essentiell, wenn Verwaltung und Politik weiter ihren Auftrag der Vorsorge der Bevölkerung wahrnehmen wollen. Auch wenn es uns Linken schwerfällt zu sagen: Wir brauchen mehr Einnahmen, weil wir einen Versorgungsauftrag haben. Die Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer wären für uns eine Möglichkeit, langfristig einen wieder einen ausgeglichen Haushalt zu erreichen. Natürlich tut das weh, aber als Kommune haben wir andernfalls nicht mehr Möglichkeiten zum Eingriff. Die Einsparungen beim Personal werden nie ausreichen und langfristig unseren Einfluss auf die Stadtversorgung eindämmen. Es ist natürlich zu begrüßen, dass die Kürzungen für soziale und ökologische Träger im Haushaltssicherungskonzept letztlich gestrichen wurden. Doch der Prozess, der zu dieser Entscheidung führte, wirft ein besorgniserregendes Licht auf die Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit der Oberbürgermeisterin. Noch vor wenigen Monaten verkündete Frau Broistedt öffentlichkeitswirksam, es werde keine Kürzungen im sozialen Bereich geben. Diese Aussage war ein klares Versprechen, und dennoch legte ihre Verwaltung kurz darauf ein Konzept vor, das genau diese Kürzungen beinhaltet. Dieser Vorgang hat nicht nur die Glaubwürdigkeit der Oberbürgermeisterin erschüttert, sondern auch zum Riss ins Vertrauen der Bevölkerung geführt – ein Vertrauensverlust, der nicht leicht zu reparieren sein wird.

Die GöLinke vertritt eine klare Position: Wenn das Geld knapp ist, müssen es die Menschen bekommen, die es am dringendsten benötigen, weil sie sozial benachteiligt sind. Die Stärke einer demokratischen Gesellschaft misst sich nicht zuletzt an ihrem Umgang eben genau mit diesen Menschen, die in Armut leben, von Armut bedroht sind oder von der Teilhabe am Leben nahezu ausgeschlossen sind!

Statt Lösungen hören wir das Schlagwort „Aufgabenkritik“. Hinter diesem beschönigenden Begriff verbirgt sich ein beispielloser Angriff auf die Funktionsfähigkeit der Stadtverwaltung. Die ohnehin überlasteten

Mitarbeitenden, die längst am Limit arbeiten, sollen noch effektiver werden – ein zynischer Vorschlag, der an der Realität komplett vorbeigeht. Personalkosten werden steigen, das ist unvermeidlich. Es liegt nicht an den Mitarbeitenden, sondern an einem System, das von Inflation lebt – so funktioniert der Kapitalismus. Doch jetzt stellen wir die entscheidende Frage: Welche Aufgaben der Verwaltung sollen gestrichen werden? Was passiert, wenn Bürgerinnen ihre Anträge nicht bearbeitet bekommen oder wichtige Angebote verschwinden? „Den Bürger*innen muss klar kommuniziert werden, dass Einsparungen in dieser Größenordnung auch mit Einschränkungen für die Öffentlichkeit verbunden sind.“ – wir stehen hinter den Aussagen der Personalrätin Boys.

Diese scheinbaren „Effizienzsteigerungen“ werden spürbar – und zwar negativ – für alle Göttingerinnen und vor allem für die Beschäftigten dieser Stadt. Jahrelang sind Stellen unbesetzt, jetzt werden die Vorhandenen noch unattraktiver gemacht. Verpflichtende Aufwendungen wie für Jugendhilfe, Asyl oder Obdachlosenunterkünfte stagnieren auf einem alarmierend hohen Niveau – ein klares Symptom politischen Versagens auf allen Ebenen! Statt diese drängenden gesellschaftlichen Probleme schrittweise anzugehen, hat sich die Stadt unter SPD-Führung ein Prestigeprojekt in Form eines Kunstquartiers geleistet, bestückt mit hochkarätiger Kunst. Wochenlang wird über die Rechtfertigung für diese Entscheidung gestritten – doch wo bleibt die Rechtfertigung gegenüber den Menschen, deren elementare Bedürfnisse nach wie vor ignoriert werden?

Auch das Thema der KiTa in Grone-Süd – seit Jahren sollen dort Bauarbeiten seitens der LEG stattfinden, doch nichts – rein gar nichts passiert. Und die Strafzahlungen der LEG sind ein Witz im Vergleich zu dem Schaden, den die Familien im Viertel dort ausbaden müssen.

Wir müssen uns ebenfalls ernsthaft die Frage stellen: Was bringen Bürgerinnenbeteiligungen, wenn sie nur als Alibi-Maßnahmen dienen? Der Sanierungsbeirat nördliche Innenstadt hatte eine klare, unmissverständliche Forderung: öffentliche Toiletten. Doch diese einfache und dringliche Maßnahme wird nicht umgesetzt. Es ist ein Schlag ins Gesicht aller Beteiligten, die ihre Zeit, Energie und Hoffnungen in diesen Prozess investiert haben. Warum veranstaltet man dann eine solche teure Inszenierung, wenn die Stimmen der Bevölkerung nicht einma

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock)
 Hiroshimaplatz 1-4
 37083 Göttingen
 Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@gottingen.de

Fraktionsmitarbeiter:

Olli Preuß
 Tim Schlaf

Öffnungszeiten des Büros:

Di: 10:00 – 12:00 Uhr
 Mi: 13:00 – 16:30 Uhr
 Do: 10:00 – 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17.00 – 18.00 Uhr (öffentlich)

ansatzweise ernst genommen werden? Es entsteht der Eindruck, dass Bürgerinnenbeteiligung hier nichts weiter als eine Farce ist – eine Scheindemokratie, die letztlich doch die Verwaltung und politische Führung ignoriert.

Warum sollten Menschen sich weiterhin engagieren oder an Beiräten teilnehmen, wenn ihre Forderungen konsequent abgelehnt werden? Statt echter Beteiligung sehen wir hier eine Praxis, die die Bevölkerung systematisch entmündigt. Das ist nicht nur ineffizient, es ist zynisch und respektlos. Entscheidungen über die Köpfe der Menschen hinweg zu treffen, zerstört das Fundament, auf dem eine lebendige Demokratie ruht.

Die Welt ist in den vergangenen Jahren im wahrsten Sinne des Wortes in Bewegung geraten. Die vor Krieg, Hunger und Not geflüchteten Menschen sind auch zu uns nach Göttingen gekommen.

Die Welt ist aus den Fugen geraten, weil die Ungleichheit zugenommen hat und die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht. Durch diese Entwicklung droht der gesellschaftliche Zusammenhalt, auch bei uns, verloren zu gehen. Dies wird auch Auswirkungen auf kommunaler Ebene haben. Darum ist es unsere Aufgabe, hier in Göttingen mit unseren Möglichkeiten immer wieder gegen Ungleichheit und für soziale Gerechtigkeit einzutreten.

Die GöLinke wird einigen Einzelhaushalten zustimmen können, den Gesamthaushalt allerdings ablehnen. Das Haushaltssicherungskonzept lehnen auch wir ab, denn es ist nur ein überlegter Tropfen auf dem heißen Stein.